

05/09

Prämienverbilligung: Im Gespräch mit CVP-Kantonsrat Erwin Arnold, Buchrain

«Frei verfügbares Einkommen ist massgebend.»

Für Sozialvorsteher und Kantonsrat Erwin Arnold (CVP) ist klar, «der Gesundheitsmarkt ist kein Selbstbedienungsladen». Es schade nicht, das eigene Anspruchsdenken regelmässig zu hinterfragen. Ein Gespräch über steigende Gesundheitskosten und Prämienverbilligung.

Wie funktioniert die Prämienverbilligung? Wer bezahlt und wer bekommt Prämienverbilligung?

Finanziert wird die Prämienverbilligung auf der einen Seite durch den Bund (ca. 55%), auf der anderen Seite je hälftig durch Kanton und Gemeinden (je ca. 22,5%). Wer Ergänzungsleistungen und wirtschaftliche Sozialhilfe bezieht, hat Anspruch auf eine vollumfängliche Prämienverbilligung. Ein Teilanspruch besteht, wenn die anrechenbare Prämie für die Grundversicherung 14,5 Prozent des steuerbaren Einkommens zuzüglich 10 Prozent des steuerbaren Vermögens übersteigt.

Wie viele Personen beziehen im Kanton Luzern zurzeit Prämienverbilligung?

Gemessen an der Gesamtbevölkerung haben im Jahr 2008 37 Prozent Prämienverbilligung bezogen. Lediglich in den vier Kantonen Uri, Ob- und Nidwalden sowie Appenzell Innerrhoden ist der Anteil von

«Man muss nicht wegen jedem «Bobooli» zum Arzt.»

Begünstigten grösser als im Kanton Luzern. Der gesamtschweizerische Durchschnitt liegt bei knapp 30 Prozent.

2010 wird der Kanton Luzern 168 Mio. Franken für Prämienverbilligung ausschütten. Trotzdem sind die Begehrlichkeiten grösser. Woran liegt's?

Obwohl dieser Betrag rund 10 Millionen



CVP-Kantonsrat Erwin Arnold.

höher ist als der diesjährige, kann damit nicht der ganze Prämienanstieg aufgefangen werden. Auf der einen Seite haben wir stetig steigende Kosten im Gesundheitswesen, die auf den an sich erfreulichen medizinischen und technologischen Fortschritt zurückzuführen sind. Auf der anderen Seite beobachte ich eine Anspruchsinflation im Sinne von «ich habe bezahlt, also will ich auch konsumieren». Der Gesundheitsmarkt ist auf dem besten Weg, zu einem reinen Selbstbedienungsladen zu verkommen.

Gibt es einen Ausweg?

Das tönt altmodisch und wertkonservativ, aber jeder muss grundsätzlich bei sich selber anfangen. Es schadet nicht, regelmässig das eigene Anspruchsdenken zu hinterfragen. Man muss nicht wegen jedem «Bobooli» zum Arzt. Zudem muss

endlich und dringendst der Leistungskatalog der Grundversicherung hinterfragt und überarbeitet werden. Das Wünschbare ist vom Machbaren und Notwendigen zu trennen. Zusätzliche, wünschbare Leistungen sollen selber bezahlt werden.

Regierungsrat Markus Dürr empfiehlt zudem, zu günstigen Krankenkassen zu wechseln. Halten Sie das für einen tauglichen Vorschlag?

Um den Anstieg der eigenen Krankenkassenprämie abzufedern grundsätzlich ja! Allerdings möchte ich einen Unterschied machen zwischen günstigeren Kassen und «Billigstkassen». Den Wechsel zu

«Das Wünschbare ist vom Machbaren zu trennen.»

«Billigstkassen» befürworte ich nicht. Auf dem Gesundheitsmarkt gibt es aber tatsächlich teurere und günstigere Kassen. Wieso soll der oder die Versicherte nicht den Wettbewerbsvorteil der günstigeren Kassen nutzen?

Mit einer Initiative verlangt die Luzerner SP, dass Anspruch auf Prämienverbilligung bestehen soll, wenn die Krankenkassenprämie 10 Prozent des anrechenbaren Einkommens übersteigt. Unterstützen Sie die Initiative?

Nein! Die Initiative leistet keinen Beitrag, um das Problem der stetig steigenden Gesundheitskosten zu lösen. Im Gegenteil:

Die Umsetzung der Initiative würde zu Mehrkosten in der Grössenordnung von mehr als 100 Mio. Franken führen. Das wollen und können wir uns nicht leisten. Mit der Umsetzung der Initiative würden zwischen 50 bis 60 Prozent der Luzerner Bevölkerung Prämienverbilligung beziehen. Das widerspricht dem Grundgedanken der Prämienverbilligung.

Wie meinen Sie das?

Die Prämienverbilligung soll nach Definition an Menschen ausgerichtet werden, die in «wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen» leben. Es kann doch niemand behaupten, dass über die Hälfte der Luzernerinnen und Luzerner in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt.

Um die Steuern zu senken hat der Kanton Luzern Geld, aber um die Prämien zu erhöhen nicht!

Es ist sachlich falsch, Steuerpolitik und Prämienverbilligungspolitik zu vermischen. Wir müssen eine gute Steuerpolitik betreiben. Und wir müssen erkennen, dass wir mit der Prämienverbilligungspolitik zwar das Symptom, nicht aber das eigentliche Problem der steigenden Kosten bekämpfen. Zudem lehne ich es ab, Sozialpolitik mit einzelnen Elementen wie Prämienverbilligung oder Familienzulagen zu betreiben.

Aber die Prämienverbilligung eignet sich zumindest, um eine familienfreundliche Sozialpolitik zu betreiben.

Eine familienfreundliche Sozialpolitik muss aus einer verantwortungsvollen und verträglichen Gesamtbetrachtung heraus betrieben werden. Meines Erachtens ist das frei verfügbare Einkommen massgebend. Also, wie viel am Ende des Monats im Portemonnaie bleibt. Gemäss der SKOS-Studie über «Steuern, Transfers und Einkommen in der Schweiz» belegt der Kanton Luzern den 7. Rang. Nur gerade in sechs anderen Kantonen kann eine Familie mit zwei Kindern über ein grösseres Einkommen am Ende des Monats frei verfügen als im Kanton Luzern. Das muss auch mal erwähnt werden.

Kantonsrat

Veranstalter von Grossanlässen an Sicherheitskosten beteiligen

Grossanlässe wie Fussballspiele und Demos benötigen oft ein grosses Aufgebot an Polizei- und Sicherheitskräften. Die Veranstalter sollen sich in Zukunft nach einem transparenten Schlüssel an den anfallenden Kosten beteiligen, fordert CVP-Kantonsrat Hans Aregger. Der Vorstoss zeigt schon Wirkung.

abü. CVP-Kantonsrat Hans Aregger stört sich daran, dass heute die Steuerzahler die Sicherheitskosten von Grossveranstaltungen bezahlen müssen. «Das ist nicht zu akzeptieren» so Aregger. Das widerspreche dem Grundsatz der Eigenverantwortung und dem Verursacherprinzip. In einem Postulat fordert er mit über 20 Mitunterzeichnenden, dass die Mitverantwortung der Veranstalter griffiger gemacht werden müsse. Aregger: «Es ist zu prüfen, in welcher Form die Bewilligung des Anlasses mit einer finanziellen Haftung für einen benötigten Polizeieinsatz zu koppeln ist.» Die Höhe des Beitrages soll die Behörde anhand von Erfahrungszahlen aus anderen Einsätzen festlegen.

Schärli trifft FCL-Spitze

Der Vorstoss zeigt schon Wirkung, bevor er überhaupt im Kantonsrat behandelt wurde. Anfang November traf sich Regierungsrätin Yvonne Schärli mit den Verantwortlichen des FCL zu einem Gespräch. Resultat der Sitzung: Der FCL

will sich künftig stärker an den finanziellen Aufwendungen der Polizei an Heimspielen beteiligen. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement schreibt in einer Mitteilung: «Bereits für das Jahr 2009 soll eine erste Erhöhung der Kostenbeteiligung erfolgen. Auf 2011, zeitgleich mit dem Bezug des neuen Stadions auf der Luzerner Allmend, werden die Abgeltungsmodalitäten neu und umfassend festgelegt.»

Keine «Lex FCL»

Hans Aregger begrüsst es, dass er mit seinem Vorstoss eine längst fällige Diskussion angestossen hat. Der Vorstoss erhöhe den Druck, die Präventionsarbeit zu verbessern und zu verstärken. Und er betont: «Ich will keine Lex FCL. Es geht darum, das Problem grundsätzlich zu diskutieren und umfassend anzupacken.» Der FCL investiert seit Jahren in die präventive Fanarbeit und ist der einzige Verein im Kanton Luzern, der sich an Sicherheitskosten beteiligt. Der FCL bezahlt pro Jahr zirka 330'000 Franken daran (2 Franken pro Eintritt).



Die Polizei beim Einsatz nach einem Fussballspiel (Bild: Kapo Luzern).

Bruno Schmid ist neuer CVP-Fraktionschef

Die CVP-Fraktion hat Bruno Schmid aus Flühli als neuen Fraktionschef gewählt. Schmid wird in seiner Führungsarbeit unterstützt von Vizepräsidentin Andrea Gmür-Schönenberger (Luzern) und Vizepräsident Ludwig Peyer (Willisau).

abü. Die CVP-Fraktion hat den 49-jährigen Bruno Schmid (Flühli) als neuen Fraktionschef gewählt. Er tritt die Nachfolge von Guido Graf an. Bruno Schmid ist verheiratet und Vater von einer Tochter und einem Sohn. Nach seiner Ausbildung zum eidgenössisch diplomierten Förster absolvierte Schmid ein Nachdiplomstudium zum Betriebswirtschaftler HS. Seit 2008 arbeitet er als Geschäfts-

führer von RegioHER. Bruno Schmid ist seit 1995 im Kantonsrat (vormals Grosser Rat). Zurzeit ist er Mitglied der Planungs- und Finanzkommission.» Die Fraktion hat zudem zwei neue Vizepräsidenten gewählt: Die Stadtluzernerin Andrea Gmür-Schönenberger und den Willisauer Ludwig Peyer. Sie folgen auf Marlis Roos Willi (Menzna) und Patrick Meier (Root).



Das neue Führungstrio (v.l.n.r.): Andrea Gmür, Bruno Schmid und Ludwig Peyer.

Parolen auf einen Blick

Die kantonale CVP hat im Parteivorstand und an der Delegiertenversammlung für das Abstimmungswochenende vom 29. November 2009 folgende Parolen gefasst:

Kanton

Kredit für die Planung eines Tiefbahnhofes Luzern	JA (181:1)
Beschaffung, Aufbau und Betrieb des Funknetzes Polycom	JA (43:0)

Bund

Spezialfinanzierung Luftverkehr	JA (42:0:1)
Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»	NEIN (125:55:5)
Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	NEIN (150:26:4)

Namentlich

Rita Stöckli, Ohmstal

Rita Stöckli wurde in stiller Wahl als neues Gemeinderatsmitglied von Ohmstal gewählt. Sie tritt am 1. Januar ihr Amt an. Als Gemeindepräsident zurückgetreten ist Beat Lichtsteiner.

Markus Wyss, Rain

Ebenfalls in stiller Wahl ist Markus Wyss in den Gemeinderat von Rain gewählt worden. Er wird Nachfolger von Finanzvorsteher Franco Faé, der infolge Wegzugs zurückgetreten ist.



Inge Lichtsteiner, Egolzwil

Mit der erfolgreichen Wahl von Guido Graf in den Regierungsrat gilt es, einen Willisauer Sitz neu zu besetzen. Inge Lichtsteiner, Egolzwil, rückt als erste Ersatzkandidatin in den Kantonsrat nach. Sie wird am 30. November 2009 vereidigt.

Vreni Sigrist, Rickenbach

Die ehemalige CVP-Grossrätin Vreni Sigrist-Ziegler wird an der Gründungsversammlung der Sektion 60+ CVP Schweiz ins Präsidium gewählt. Sie war von 1979 bis 1995 für die CVP im Luzerner Kantonsparlament.

Termine

Am 22. Januar 2010 organisiert die CVP Amt Sursee eine Sonderaufführung der Operette «Wiener Blut» im Stadttheater Sursee. Die Reservation läuft über das Büro der Zürich Versicherungen in Sursee, Frau Verena Emmenegger, Tel. 041 925 84 61 / verena.emmenegger@zurich.ch (Montag bis Donnerstag). Die Zürich Versicherung stellt diese Dienstleistung als Sponsoring-Beitrag zur Verfügung!

Speerspitzen und Bajonette

Einige Historiker vertreten die These, die Geschichte laufe in Zyklen ab und wiederhole sich. In diesem Verständnis sind Historiker auch Wahrsager. Weil sie mit der Geschichte vertraut



sind, kennen sie auch die Zukunft. Anhänger dieser Theorie dürften sich aufgrund des aktuellen Abstimmungskampfes bestätigt fühlen. Die Volksinitiative «gegen den Bau von Minaretten» scheint in der Tat ein historisches Vorbild zu haben und den Abstimmungskampf von 1973 um die Abschaffung der konfessionellen Ausnahmeartikel zu wiederholen.

Rückblende: Bereits die Bundesverfassung von 1848 verbot dem katholischen Jesuitenorden jedes Wirken in Staat und Kirche. In der Bundesverfassung 1873 wurden die konfessionellen Ausnahmeartikel noch verschärft. Unter anderem wurden die Jesuiten und die Errichtung neuer oder die Wiederherstellung aufgehobener Klöster verboten. Die Schweizer Katholiken empfanden die Ausnahmeartikel als massive Diskriminierung. Der politische Vorstoss des nachmaligen Obwaldner CVP-

Bundesrates Ludwig von Moos (1954) führte zur Volksabstimmung 1973, in welchem diese beiden konfessionellen Verbote ersatzlos gestrichen wurden.

Abgesehen vom Feindbild sind die Parallelen zwischen den Abstimmungskämpfen von 1973 und 2009 beängstigend. Drei Beispiele: 1. Waren die Jesuiten 1973 die «Speerspitzen» des politischen Katholizismus, gelten 2009 Minarette als «Bajonette» des islamischen Machtanspruches. 2. Befürchtete man 1973 die «katholische Gegenreformation» oder die «Rekatholisierung der Schweiz», macht 2009 die «schleichende Islamisierung der Schweiz» Angst. 3. Eng damit verbunden ist die Überfremdungsthematik. Befürchtete man 1973 durch die Einwanderung aus Ländern Italien und Spanien eine «katholische Überfremdung», fürchtet man heute eine «muslimische Überfremdung» durch Menschen aus dem Balkan und der Türkei.

Es ist ein grosser Verdienst der CVP, die Katholiken nach der Niederlage im Sonderbundskrieg von 1847 zurück in den Bundesstaat geführt zu haben. Der Kampf gegen die Diskriminierung der katholischen Bevölkerung war von 1848 bis 1973 und darüber hinaus ein einigendes Band. Es ist eine historische Verpflichtung

unserer Partei, für den Religionsfrieden ein- und gegen eine neue religiöse Diskriminierung anzutreten.

Glaubt man den eingangs erwähnten Historikern, wird die «Minarettinitiative» mit 54,9 Prozent abgelehnt. Die gleiche Prozentzahl sprach sich 1973 für die Aufhebung der konfessionellen Ausnahmeartikel aus.

Adrian Bühler ist Historiker und lebt in Eschenbach.

LUZERNER KOMITEE

JA ZUM
TIEFBAHNHOF
LUZERN

www.tiefbahnhof-ja.ch

**Damit Luzern
zum Zug kommt**

JA zum Tiefbahnhof Luzern
am 29. November 2009

Impressum

CVP aktuell:

Informationsbulletin der CVP Kanton Luzern.
Es erscheint 8 bis 10-mal im Jahr.

Redaktion:

CVP Kanton Luzern
Sekretariat
Postfach
6000 Luzern 6
Tel. 041 420 77 22 / Fax 041 420 48 00
E-Mail: info@cvpluzern.ch
Internet: www.cvpluzern.ch

Druckerei:

Meyer Rottal Druck AG, 6017 Ruswil